

## Pressemitteilung vom 21. Januar 2009

**Geschäftsführer:**  
Richard Kail  
Auf Hasselt 12  
54636 Rittersdorf  
Tel.(06571)683132  
Fax.(06561)18494  
richard.kail@t-online.de

**Präsident:**  
Manfred Lüttke  
Karlsruher Str. 113  
76287 Rheinstetten  
Tel.(0721)51121  
Fax.(0721)517155

**Vorsitzender:**  
Dipl. Ing. Elmar Reitter  
Braunselweg 1  
89611 Rechtenstein  
Tel.: (07375)212  
Fax: (07375)1347  
info@reitter-wasserkraft.de

**Pressesprecher:**  
Julian Aicher  
Rotis 5  
88299 Leutkirch  
Tel.: (07561)70577  
Fax: (07561)70578  
Julian.Aicher@t-online.de

### MIT OBAMA OPTIMIEREN

Wasserkraft könnte in Deutschland viel mehr Strom liefern - so viel, wie Baden-Württembergs Bevölkerung privat verbraucht

Barack Obama will Milliarden in erneuerbare Energien stecken. Ein Konjunkturprogramm, das Europa beflügeln dürfte. In Deutschland hätte es der neue Präsident noch leichter. Er müsste lediglich Hunderte längst geplanter Wasserkraftanlagen rasch genehmigen. Diese entstünden dann weitgehend ohne Staatsgeld. Aber mit Arbeitsplätzen für Tausende. Und mit Milliarden Kilowattstunden heimischem, klimafreundlichen und staubfrei gewonnenem Strom als Folge. Diesen 'selbst-tragenden' Wirtschaftsaufschwung bremsen in Deutschland aber noch Bürokratie und Politik.

Die UNO hat ihn schon verkündet: den "Green New Deal". "New Deal" - die Parole des Franklin Delano Roosevelt (1882-1945), dem von Barack Obama verehrten US-Präsidenten von 1933 bis 1945. Mit seiner "Tennessee Valley Authority" ließ Roosevelt Staudämme und Wasserkraftwerke in den Tennessee-Fluss bauen. Zum Hochwasserschutz und zur Stromgewinnung. Einen beachtlichen Teil der dafür notwendigen Kosten erbrachten die neuen Wasserkraftwerke dann aus dem Stromverkauf. Wasserkraft - erneuerbare Energie. Solche regenerative Energien eignen sich als Wirtschafts-Förderinnen besonders stark, weil ihr verkaufbarer Energieertrag die eingesetzten Gelder wieder bringt. Außerdem machen heimische erneuerbare Energien unabhängiger von Energieeinfuhren.

Tennessee Valley - wäre das heute auch in Deutschland möglich? Auf grobenteils privatwirtschaftlicher und mittelständischer Ebene: ja. Also weitgehend ohne Steuergelder. Schließlich arbeiteten zwischen Waterkant und Watzmann um 1900 rund 80.000 Wassertriebwerke. Im Jahr 2000 waren es noch etwa 8.000. Also ein Zehntel. Von den übrigen 90% 'erloschenen' Wasserkraftanlagen stehen oft noch die Stauwehre. An solchen Stellen wären moderne Wasserkraft-Technik also wieder ein zu bauen.

Dabei entstünden Tausende von Arbeitsplätzen - vor allem im Bau- und Elektrogewerbe. Ergebnis solcher Bemühungen: Etwa 15 bis 20 Milliarden Kilowattstunden Strom pro Jahr mehr aus heimischen, sauberen Quellen. 15 Milliarden Kilowattstunden übers Jahr - so viel

verbraucht etwa die Bevölkerung Baden-Württembergs privat. Folge: Das Geld für diese Energie bliebe im Land. Es würde hier wieder für Investitionen zur Verfügung stehen. Umso besser, denn Strom aus Wasserkraft entsteht, ohne ein Gramm des Kilmagases Kohlendioxid, Stickstoff, Schwefel oder Stäube in die Luft zu blasen. Mit einer Technik, die seit 2000 Jahren immer wieder verbessert wurde. So bietet Wasserkraft heute den höchsten Energieertrag.

Bisher meldeten Naturschutzverbände da und dort Bedenken gegen Wasserkraft an. Kritik, die meist jedoch auf mangelnde Kenntnis der genauen Verhältnisse vor Ort zurück geht. So hat die "Deutsche Umwelthilfe" in einer Studie 2006 festgestellt, dass sich Kleinwasserkraft und Gewässerökologie nicht zu stören brauchen. Das Landratsamt Lörrach stellte 2008 sogar fest, die Gewässerökologie des Flüsschens Wiese im Südschwarzwald sei ein Jahr nach Einbau einer Wasserkraftanlage in einem bestehend-alten Wehr besser geworden. Um Stau-Barrieren, die bisher für Wassertiere unüberwindbar schienen, lassen sich nämlich im Rahmen von Wasserkraft-Bauten kleine Umgehungsbäche anlegen, "Fischtreppe" oder "Fischpässe" genannt. Die Kosten solcher "Ökologisierung" kann im Lauf der Jahre der Stromverkauf wieder wettmachen. Im Regelfall zwischen 7.67 und 12 Cent pro Kilowattstunde. Wasserkraft kommt preislich damit in etwa an den Durchschnitts-Herstellerpreis in Deutschland: circa 7 Cent pro Kilowattstunde an der Leipziger Strombörse.

Diese erfreulichen Erkenntnisse haben sich bei vielen Behörden aber noch nicht herumgesprochen. Wer in Deutschland ein Wasserkraftwerk genehmigen lassen möchte, wartet im Durchschnitt rund 7 Jahre auf die notwendigen Amtsstempel. Wenn sie überhaupt aufs Papier donnern. Denn mancher Antragsteller harret seit über 20 Jahren der behördlichen Zustimmung. In Bayern Schwaben kämpfte eine Familie über 30 Jahre um die Baugenehmigung für ihr Kraftwerk. Solch behördliche Blockaden betreffen nicht allein den 'kleinen' Mittelstand. So warten die kommunalen "Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm" (SWU) seit rund 20 Jahren darauf, zwei Wasserkraftanlagen in Donau und Iller genehmigt zu bekommen. Mit deren Strom sollen bis zu 10.000 Privatpersonen versorgt werden.

Besonders bedrückend wirken die Verhältnisse vor allem in Baden-Württemberg und Sachsen. Stuttgarts Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) wollte gar die "Altrechte" bestehender Wassertriebwerke abschaffen lassen. Über ein 1.000-seitiges Gesetzesvorhaben namens "Umweltgesetz". Wasserkraft-Fachleute machten Parteifreunden der Ministerin dann allerdings klar, dass dieser Eingriff gegen solch grundgesetzlich geschützte Eigentumsrechte Prozesse bis vor Bundesverfassungsgericht nach sich gezogen hätte.

Blockaden und Behinderungen - sie bremsen in Deutschland ein umweltfreundliches, selbst tragendes Konjunkturprogramm über den Ausbau erneuerbarer Energien. Hermann Scheer, Präsident von "Eurosolar" und des "Weltrates für erneuerbare Energien" nennt solche amtlichen Bremsen gegen Wasserkraft "oft mehr denn kafkaesk". Dabei böte die Wasserkraft als lange stärkste Lieferantin erneuerbar gewonnen Stroms alle Chancen für eine starke Stütze im erhofften Wirtschaftsaufschwung.

Julian Aicher Rotismühle Rotis 5/2 88299 Leutkirch  
Tel.: (0 75 61) 7 05 77 Fax (0 75 61) 7 05 78 eMail: [julian.aicher@t-online.de](mailto:julian.aicher@t-online.de)

Pressesprecher im Vorstand der  
Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg eV (AWK)